

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik
11011 Berlin
Telefon 030 227-77594
Telefax 030 227-76594
roderich.kiesewetter@bundestag.de
Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:
Wellandstraße 58
73434 Aalen
Telefon 07361 5249 201
Telefax 07361 5249 202
roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de



Kiesewetter kompakt

06/2012

Bundestag will Menschen zur Organspende ermutigen / Persönliche Notizen

Debatte über Änderung des Transplantationsgesetzes – Entscheidungslösung statt Zustimmungslösung

Die Entscheidungslösung bei Organspenden wird nunmehr konkreter. An diesem Donnerstag begann mit einer großen Debatte die parlamentarische Beratung des Gesetzes zur Regelung der Entscheidungslösung im Transplantationsgesetz, das gemeinsam von Abgeordneten aller Fraktionen eingebracht wurde. Alle Bürger sollen künftig offensiv nach ihrer Bereitschaft zur Organspende gefragt werden. „Es geht darum, unter welchen Voraussetzungen wir in der Transplantationsmedizin zu größerem Erfolg kommen“, sagte CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Volker Kauder in der Plenardebatte. Die seit 1997 geltende Zustimmungslösung soll durch die sogenannte Entscheidungslösung ersetzt werden. Kauder wies auf die Dringlichkeit der Gesetzesänderung hin: Es warten etwa 12.000 Menschen auf ein Spenderorgan. Nierenkranke Menschen beispielsweise hoffen, dass sie mit einem neuen Spenderorgan endlich nicht mehr auf Dialyse angewiesen sind. Für viele ist ein Spenderorgan sogar lebensrettend. Niemand darf zu einer Organspende gezwungen werden. Er hoffe allerdings, dass sich aufgrund der Entscheidungslösung mehr Leute mit dem Thema auseinandersetzen würden. Die Entscheidung für oder gegen eine Organspende sei eine höchst persönliche Angelegenheit. Der Staat allerdings müsse „positiv“ um mehr Spender werben. Kauder machte gleichzeitig klar, dass es keinen Rechtsanspruch auf eine Organspende gebe. Insofern könne man nicht erwarten, dass es mit dem neuen Gesetz sprunghaft zu einem Anstieg der Organspenden kommen werde.

Eine Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung belegt allerdings, dass gut informierte Menschen der Organspende insgesamt positiver gegenüberstehen. Hier setzt der Gesetzentwurf an, indem die Bürger künftig über die Organspende besser informiert werden. So soll jeder in die Lage versetzt werden, sich mit der Frage seiner eigenen Spendenbereitschaft ernsthaft auseinanderzusetzen. Zudem soll jeder ausdrücklich aufgefordert werden, freiwillig eine Entscheidung zur Organspende abzugeben. Dabei wird die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen nicht eingeschränkt. Mit dem Gesetzentwurf werden die allgemeinen Aufklärungspflichten im Transplantationsgesetz konkretisiert. So sollen die gesetzlichen Krankenkassen und die privaten Krankenversicherungen in einem ersten Schritt dazu verpflichtet werden, ihren Versicherten geeignetes Informationsmaterial zur Organspende zur Verfügung zu stellen. Auch sollen sie im Zusammenhang mit der Ausgabe der elektronischen Gesundheitskarte oder mit der Beitragsmitteilung einen Organspendeausweis bereitstellen, auf dem man seine Entscheidung bezüglich der Organspendebereitschaft dokumentieren kann.

Erstmalig werden hierzu alle Bürger im Laufe des ersten Jahres nach Inkrafttreten des Gesetzes angesprochen. Leider ist es derzeit noch nicht möglich, die Organspendebereitschaft auf der Gesundheitskarte zu dokumentieren. Dennoch sieht der Gesetzentwurf diese Möglichkeit vor, wenn die technischen Voraussetzungen dafür gegeben sind. So

lange eine Speicherung der Organspendeerklärung auf der Gesundheitskarte noch nicht möglich ist, werden die Versicherten in einem regelmäßigen Abstand von zwei Jahren informiert und zur Abgabe einer Erklärung aufgefordert. Nach der Aufforderung im Jahre 2017 geschieht dies noch alle fünf Jahre. Ferner werden Bund und Länder verpflichtet, bei der Ausgabe von amtlichen Ausweisdokumenten wie Pass, Personalausweis oder Führerschein geeignetes Aufklärungsmaterial zur Organspende sowie einen Organspendeausweis zur Verfügung zu stellen. Mit dem Gesetz werden „Zeitpunkte und Orte der Entscheidung und der Diskussion über Entscheidung“ geschaffen, so der gesundheitspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Jens Spahn. Die „sehr offensichtliche Lücke“ zwischen der Bereitschaft der Bevölkerung zur Organspende und der Umsetzung dieser Bereitschaft in konkretes Handeln werde nun endlich geschlossen.

„Elektrisch Blechle“ aus Baden-Württemberg

Die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Bundestag hat in dieser Woche in einer gemeinsamen Erklärung die Bewerbung des Landes als „Schaufenster Elektromobilität“ mit Nachdruck unterstützt. Bei den „Schaufenstern“ handelt es sich um umfassende, vom Bund geförderte Projekte, die das komplexe System Elektromobilität über alle Ebenen der Wertschöpfung hinweg demonstrieren und erproben sollen. Baden-Württemberg wirbt für eine Schaufenster-Region Stuttgart-Karlsruhe mit dem Projektnamen „LivingLab BWe mobil“. LivingLab BWe mobil besteht aus 41 Einzelprojekten und wird von einem Konsortium aus über einhundert Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlicher Hand unterstützt. Ende des Monats wird eine unabhängige Jury etwa fünf der insgesamt 23 Bewerbungen als „Schaufenster“ vorschlagen.

„In Baden-Württemberg ist das Auto erfunden worden. Wenn es jetzt neu erfunden wird, müssen wir wieder eine Führungsrolle übernehmen“, so der Vorsitzende der Landesgruppe Thomas Strobl. Das Land habe dabei beste Voraussetzungen: Große Automobilhersteller genauso wie starke Mittelständler. Zudem habe man Exzellenz in Forschung und Entwicklung und sei damit Treiber für Innovation. Das 'elektrisch Blechle' muss das neue Markenzeichen fürs Ländle werden! Dabei geht es um Arbeitsplätze genauso wie um Umweltschutz. Öko-Strom ist das Benzin von morgen. Wir legen

Wert auf die Verknüpfung der Elektromobilität mit der Nutzung von erneuerbaren Energien. Jetzt gilt es, dass alle gemeinsam für den Erfolg der Schaufenster-Bewerbung werben. Die CDU-Bundestagsabgeordneten werden dabei in enger Abstimmung mit den Mitgliedern der Bundesregierung vorgehen und die Bewerbung mit voller Kraft unterstützen. Dasselbe erwarteten sie auch von der Landesregierung insgesamt und von den dort zuständigen Ministern. Es geht um eine wichtige Weichenstellung für Baden-Württemberg. Hier müssen alle an einem Strang ziehen, so die Abgeordneten. Denn trotz der Stärke Baden-Württembergs sei ein Erfolg der Bewerbung kein Selbstläufer.

Agrarpolitischer Bericht 2011

An diesem Freitag wurde über den Agrarpolitischen Bericht 2011 der Bundesregierung debattiert. Dieser Bericht informiert alle vier Jahre über längerfristige Entwicklungen im Bereich der Landwirtschaft und der ländlichen Räume. Die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft ist unter Unionsministern in einem guten Zustand: Die Agrarbranche erzielte mit den ihr vor- und nachgelagerten Bereichen im Stichtag 2009 rund 6,5 % der Bruttowertschöpfung der deutschen Wirtschaft. Etwa 5 Mio Menschen arbeiten in der Branche, die jeden vierten Euro im Export verdient. Bei steigenden Exportzahlen der Ernährungswirtschaft gehen ca. 80 Prozent der Ausfuhren ins EU-Ausland. Als große Herausforderungen beschreibt der Bericht die hoch schwankenden Rohstoffmärkte und steigenden Rohstoffpreise, den Klimawandel und die Bewältigung des Hungerproblems in armen Ländern. Leistungsfähige, wettbewerbsorientierte Familienbetriebe prägen das Bild der deutschen Landwirtschaft, besonders auch in Baden-Württemberg. Die Direktzahlungen, die einen großen Anteil am Gewinn eines landwirtschaftlichen Betriebs haben, betragen 2012 für Baden-Württemberg ca. 309 Euro/ha. Das Einkommen der Baden-Württemberger Landwirtschaftsbetriebe lag im Wirtschaftsjahr 2009/2010 durchschnittlich bei ca. 30.000 €.

Durch die regional sehr unterschiedliche Verteilung von Betriebsgrößen und Betriebsformen ergeben sich deutschlandweit große regionale Einkommensunterschiede. Arbeiten in Baden Württemberg im Haupterwerb 4,3 Arbeitskräfte pro 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, so sind es in

Mecklenburg-Vorpommern nur 1,1. In Baden-Württemberg gab es 2010 rund 45.000 landwirtschaftliche Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe. Durchschnittlich bewirtschafteten diese Betriebe eine Fläche von 31,7 ha. Die politisch größte Herausforderung der kommenden zwei Jahre wird allerdings die Gestaltung einer Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union nach 2013 sein. Das bisherige Zwei-Säulen-Modell, das einerseits Direktzahlungen umfasst und andererseits auf Programmen zur Entwicklung der ländlichen Räume, Umweltmaßnahmen und Ausgleichszulagen basiert, soll modifiziert beibehalten werden.

Neuer Bundespräsident im Bundestag vereidigt

An diesem Freitag kamen zu Beginn der Plenartagung Bundestag und Bundesrat zu einer gemeinsamen Sitzung zur Vereidigung des am 18. März gewählten Bundespräsidenten zusammen. Die Bundesversammlung hat am vergangenen Sonntag mit überwältigender Mehrheit Joachim Gauck zum 11. deutschen Bundespräsidenten gewählt. Es war das 15. Mal seit 1949, dass dieses Gremium zusammentrat. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gratuliert Joachim Gauck zu seiner Wahl und wünscht ihm Glück für seine Amtszeit und Gottes Segen.

Zitat:

«Alles hat seine Zeit. Jetzt ist die Zeit für Herrn Gauck.» (Unions-Fraktionschef Volker Kauder am Samstag auf die Frage, warum die Union Joachim Gauck nun unterstütze.)

Persönliche Notizen

1. Wahlkreis und Land

Am 15. März nahm ich erstmals als Abgeordneter an einer Lossprechungsfeier unserer Junghandwerksgesellinnen und -gesellen in Aalen teil, ein beeindruckender Festakt, der viel von seiner ursprünglichen Tradition bewahrt hat.

Recht ernüchternd war der 1. Verkehrsgipfel auf der Ostalb im Landratsamt mit dem baden-württembergischen Verkehrsminister Winfried Hermann (Bündnis 90 / Grüne). Ich glaube, es wurde allen Beteiligten klar, so ohne weiteres wird dieser Minister bei der B29 weder der Ortsumfahrung Mögglingen, noch dem Ausbau Essingen-Aalen zustimmen, noch überhaupt irgendeiner

Neubaumaßnahme in unserer Region. Hier dürfen wir uns aber nicht entmutigen lassen. Jedenfalls bin ich froh, daß unsere Region einmütig und parteiübergreifend zusammengestanden ist. Bedauerlich finde ich aber immer wieder populistische Ausfälle einiger Amtsträger gegen Berlin, das löst das Problem nicht. Das Problem ist, dass es generell zu wenig Geld für Verkehrsprojekte gibt und zweitens, dass die neue baden-württembergische Landesregierung es ablehnt, eine Priorisierung von Bundesmitteln für den Straßenbau vorzunehmen! Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat zu erstens eine ganze Milliarde € zusätzlich für künftige Verkehrsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Da es bei der Priorisierung aber auf die Landesregierungen entscheidend ankommt, sind bei zweitens diejenigen im Vorteil, die sich auch entsprechend engagieren. Ansonsten fließt das Geld eben schnell in andere Bundesländer: So erhält Bayern jetzt den Zuschlag für die Ortsumfahrung Dillingen und die Ortsumfahrung Rosenheim.

Ich bin froh, daß sich unser gemeinsamer Einsatz von Aalen mit Unterkochen und Ebnat und mir für die B29 a trotzdem gelohnt hat, hierfür werden Mittel nach 2015 bereit gestellt, die bisher nicht vorgesehen waren. Das hat mir der Parlamentarische Staatssekretär aus dem Bundesverkehrsministerium, Dr. Andreas Scheuer, bestätigt. Sie finden meine entsprechende Pressemitteilung vom 16. März unter: <http://bit.ly/GINOgt>.

Zur Zeit finden viele Gespräche zur Konversion in Berlin und im Wahlkreis statt. Am 19. März war ich dazu wieder in Ellwangen, aber auch im Bundestag arbeitet die eigens eingerichtete Arbeitsgruppe „Konversion“ intensiv an Lösungen für die betroffenen Kommunen. Am Donnerstag dieser Woche haben wir mit dem zuständigen Berichterstatter unserer Fraktion im Haushaltsausschuss, Norbert Brackmann MdB, über die Beschlüsse des Ausschusses im Kontext der Haushaltsberatungen für 2013 diskutiert. Besonders erfreulich: Die Kommunen sollen ein Erstzugriffsrecht für die Liegenschaften erhalten, wenn sie diese für ihre gesetzlichen Aufgaben (z.B. Daseinsfürsorge) benötigen.

2. Berlin

Im Auftrag unserer Unionsfraktion war ich vom 10.-14. März in Afghanistan, um Informationen zu sammeln, wie es im zivilen Wiederaufbau nach 2014 weiter geht, wenn das internationale Militär

Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten

weitestgehend abgezogen ist. Ich konnte wertvolle Informationen aus den Gesprächen mit afghanischen Abgeordneten, Vertretern von ISAF, dem deutschen Botschafter und der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu Einschätzungen und Erwartungen gewinnen. Diese Informationen habe ich für den zuständigen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, unseren Freund Andreas Schockenhoff MdB, aufbereitet. Ein interessantes Interview dazu finden Sie unter <http://bit.ly/GKczsX>.

Beeindruckend war auch die Teilnahme an der 15. Bundesversammlung mit der Wahl von Joachim Gauck zum neuen Bundespräsidenten (18.03.) und die Veranstaltungen in deren Umfeld, bei denen ich mit vielen Delegierten Gespräche führen konnte. Ferner war die heutige Vereidigung des Herrn Bundespräsidenten in gemeinsamer Sitzung von Bundestag und Bundesrat mit seiner ersten Rede ein wirklicher Aufbruch – er wird Deutschland gut tun!

Gestern hatte ich im „heute-journal“ (ZDF) Gelegenheit zu einer kurzen Stellungnahme zum geforderten Investitionsverbot von Streumunition: <http://bit.ly/GPEV4u>. (Sie finden den Bericht in der Zeile am unteren Bildrand unter „Abstimmung Streumunition“). Es handelt sich um ein wichtiges Thema, das wir im Blick behalten müssen.

Am Wochenende geht es zur Klausur meiner Arbeitsgruppe für Auswärtige Politik nach Brüssel, wo wir u.a. auf Günther Oettinger treffen, um mit ihm über Energieversorgungssicherheit zu diskutieren. Aber auch die generelle Aufstellung Deutschlands in Europa wird –in Zeiten der Euro-Diskussion– ein wichtiges Thema sein.

Wenn die kommende Woche vorüber ist, liegen hinter uns vier heftige Sitzungswochen in fünf Kalenderwochen. Das erhöht die Vorfreude auf ruhige Ostern und auf den Wahlkreis ;-)

3. Sonstiges

Im Nachgang zu den 1. Königsbronner Gesprächen mache ich erneut auf die spannenden Reden der drei Hauptreferenten (Herr General a.D. Dr. h.c. Klaus Naumann, Herr EU-Kommissar und Ministerpräsident a.D. Günther H. Oettinger sowie Herr Staatssekretär Stéphane Beemelmans, BMVg) aufmerksam, die inzwischen im Internet eingestellt

und unter folgendem Link abrufbar sind: <http://bit.ly/GV13tV>. Es lohnt sich!

Herzliche Grüße Ihr und Euer

